

Jour fixe vom 21.01.2019 – Europas Großmächte konkurrieren um die Zukunft Europas (GS 4-18)

Dieser Artikel ist die Fortsetzung einiger Abhandlungen aus den letzten Nummern: „Die amerikanische Weltmacht und ihr kongenialer Widerpart – Trump macht Ernst, Xi auch“ (GS 2-18), „Japan unter Abe: Weltmacht oder keine sein“ (GS 2-18) und v.a. „Der Westen nach einem Jahr Trump: Amerika macht Ernst, Europa zeigt Wirkung“ (GS 1-18). Auf dieser theoretischen Ebene ist der heute zu diskutierende Artikel, auch von der Härte seines Gegenstandes her, angesiedelt. Was fällt Macron angesichts dieser Weltlage ein?

— *Der Macron-Rede im ersten Zitat (S. 30) sind 2 Auskünfte zu entnehmen: 1. die Auseinandersetzung der europäischen Großmächte hat seinen Bezugspunkt in Trump und seiner Art, die Weltlage zu verändern. 2. Mit den Forderungen Macrons verabschiedet sich Europa von seinem Charakter als ziviler Staatenbund mit Währungsunion, Wirtschaftsverbund usw. Macron macht die Frage auf: was befördert die Weltmacht Europa?*

Von der Währungsunion übers Geld bis hin zur Militärpolitik, all das, was die EU bisher ausmacht, taucht auf, aber unter einem anderen, neuen Gesichtspunkt.

— *Europa wird unter dem Aspekt betrachtet, was es für seine Weltmachtrolle taugt, um der Herausforderung Trump zu begegnen.*

Die Funktionalität des Bisherigen für das europäische Weltmachtprojekt wird in Augenschein genommen: Was taugt der Euro, die Souveränität der Staaten etc. dafür?

Mit der Redeweise von der „tatsächlichen Souveränität“, zu der die EU gelangen muss, wird Macron kritisch gegen die bisherige Verfasstheit Europas. Der Widerspruch, dass lauter souveräne Staaten dieses Projekt einer kollektiven Weltmacht in Angriff nehmen sollen, mündet in die Forderung nach Aufgabe von Souveränität.

— *Trump kritisiert die EU, bezeichnet diese als überflüssiges Staatenbündnis, begrüßt den Brexit als Beitrag zu seiner Zersetzung, erlässt Strafzölle etc. Damit wird Europa in seiner Souveränität als Bündnispartner angegriffen.*

Die aufgezählten Maßnahmen fasst der Artikel in einem Urteil über den Ausgangspunkt Macrons zusammen. Trump führt die gesamte alte Weltordnung, die die USA eingerichtet haben, auf ihren harten Kern zurück: diese hat ihnen und sonst niemandem zu nützen. Dafür bringt Trump die Atombombe ins Spiel, benutzt sie als *diplomatisches* Erpressungsmittel. Gegenüber dem „little rocketman“ Kim verweist er auf sein unschlagbares Atomarsenal. Warum ist dieser Übergang für Europa von so elementarer Bedeutung?

— *Damit ist der Gewalthaushalt von Europa herausgefordert, weshalb Macron fordert, diesen zu renovieren.*

Von Trump aus ist es die Ansage: so wie ihr bezüglich eurer Souveränität beieinander seid, habe ich es nicht nötig, mich auf Absprachen mit euch einzulassen. Eure Souveränitätsmittel nötigen mir keinerlei Respekt ab: 1. Mit der Atomwaffe als Instrument der Diplomatie, exemplarisch vorgeführt an Nordkorea, mischt Trump alle Staaten, die in dieser Region Ordnungsansprüche haben, auf. Er geht über ihre Interessen hinweg und macht sich für diese unkalkulierbar. 2. Damit sind alle Staaten – auch die, die in der Region weniger zugange sind als beispielsweise China oder Japan – vor die Alternativlosigkeit dieser diplomatischen Erpressung eines Einsatzes der Atombombe gestellt. 3. In Bezug auf Europa drängt Trump darauf und stachelt die Staaten entsprechend an, gegen die Einheit Europas praktisch vorzugehen. Er betreibt die Zersetzung dieses Bündnisses.

— *... bis hin dazu, dass Trump anlässlich von Macrons Antrittsbesuch in Washington diesem besondere bilaterale Handelsbeziehungen für den Fall verspricht, dass Frankreich die EU verlässt.*

Trump kündigt die existierende Weltordnung und mit ihr die bislang existierenden Beziehungen zwischen den Staaten. Damit ist die bisherige verlässliche Grundlage des ökonomischen und politischen Handelns solcher Mächte wie Frankreich als Mitmacher in dieser Weltordnung der USA in Frage gestellt. Frankreich ist in besonderer Weise betroffen, weil es eine atomare Welt-

macht ist und der Fall Nordkorea auch eine Aufkündigung des Verhältnisses der bislang führenden Atommächte untereinander bedeutet, die sich über die Rolle von Atomwaffen in der Welt verständigt und darüber verfügt haben, welchem Staat Atomwaffen zustehen und welchem nicht. Das ist die Grundlage von Macrons Initiative, mit Deutschland ein neues Verhältnis hinzukriegen und aus der EU ein neues Bündnis zu schmieden.

Frankreich muss angesichts der von den USA aufgekündigten Ordnung (in der es ein anerkannter Mitmacher war) in der Lage sein, aus eigener Machtvollkommenheit und mit Hilfe seines Waffenarsenals seine Interessen auf der ganzen Welt zu verfolgen; es muss imstande sein, andere Souveräne dazu zu bringen, dass sie sich seinem Willen fügen. Dieses Anliegen führt nicht schnurstracks gen Europa. Macron fängt nicht mit der Ökonomie (die auf die EU verweist) an, sondern mit *seiner* militärischen Potenz. Da zählt er locker die disparatesten 'Herausforderungen' auf, wofür Frankreich die Atomwaffe braucht und militärisch stark sein muss – vom Dschihad in Afrika und Indonesien über den Cyber-war bis hin zur Sicherung von Handelswegen auf der ganzen Welt. Der Kern all dessen ist Frankreichs Anspruch, so stark zu sein, dass es imstande ist, seinem Interesse auf jedem Fleck der Welt praktische Geltung zu verschaffen. Das ist die französische Antwort auf die Kündigung der bisherigen Weltordnung durch die USA.

— Am Zitat S. 31: „... Frankreich (muss) eine doppelte Zielsetzung verfolgen: seine strategische Autonomie wahren und zugleich dazu beitragen, ... ein stärkeres Europa aufzubauen“, wird ersichtlich, dass Macron Frankreichs Status angegriffen sieht und er seine Position zu verteidigen gedenkt. Zugleich merkt man, dass es sich dabei um eine Art von Vorwärtsverteidigung handelt, dass es ihm nicht bloß um die Erhaltung des Status Quo ante, sondern um ein stärkeres Europa geht. Das ist ein neuer Anspruch, mit dem Macron auftritt.

— Der Gehalt dieses neuen Status ist, sich in allen weltpolitischen Gewaltaffären durchsetzen zu können, seine Interessen v.a. gegenüber den relevanten imperialistischen Mächten zu erzwingen. Gegen solche Kaliber wie USA, China, Russland braucht es die Atomwaffe als elementare Notwendigkeit, um gegen diese Mächte das Mitreden, die das schon längst für sich beanspruchen, durchzusetzen.

Und da ist angesichts der Kündigung durch die USA auch gesagt, dass man damit Maß nimmt an den USA: dass man autonom das leisten will, was die USA Frankreich gerade als Geschäftsgrundlage entziehen. Was heißt Maß nehmen angesichts der 3000 Atombomben, über die die Amis verfügen? Angesichts einer Weltordnung, wie sie die Amis geschaffen haben? Da bleibt nicht mehr als der *Wille* Frankreichs, seine Interessen autonom verteidigen zu können. Macron kommt negativ darauf, seine Interessen überall auf der Welt und bei jeder Gelegenheit verteidigen zu wollen, weil ihm von Trump die Weltordnung *gekündigt* worden ist.

— Das hat eine abstrakte Seite: Es geht um die Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, die Frankreich mit seiner neuen Politik und strategischen Aufrüstung durchsetzen will. Das ist der neue französische Standpunkt.

Wie sah denn die autonome Wahrnehmung von Frankreichs Sicherheitsinteressen vor der amerikanischen Kündigung aus? Es hat stets seine strategische Eigenständigkeit v.a. in Bezug auf seine Atombomben betont, war aber zugleich Mitglied der NATO und hat diese als Mittel seiner weltpolitischen Sicherheitsinteressen im Verbund mit den anderen NATO-Mächten auf der Welt benutzt. Vielleicht sieht das Maßnehmen heute so aus, dass der Anspruch Frankreichs ist, das, was es in diesem Verbund zu leisten vermochte, nun aus eigener Machtvollkommenheit heraus, mit eigenen militärischen Potenzen sicherstellen zu können. Insofern ist das massive Aufrüstungsprogramm der Franzosen die erste notwendige praktische Folge.

Die französische Atompolitik zielt also weder auf Selbstbehauptung im Falle eines Angriffs (Nordkorea), auch nicht auf den Einsatz als Drohung (Indien und Pakistan) in ihrem begrenzten regionalen Konflikt, noch als Mittel der Absicherung der Vorherrschaft in einer Region (Israel). Dass Frankreich sich aufbaut, ohne ein konkretes Kriegsszenario und ohne einen bestimmten Gegner ins Auge zu fassen und auf die eigene Machtvollkommenheit setzt, seine Interessen auf der Welt geltend machen zu können – das zielt unmittelbar auf die durch Trump gefährdete eigene Interessenlage. Das ist die neue Bestimmung des französischen Atomwaffenarsenals: Die

Atombombe soll die Fähigkeit verschaffen, nationale Interessen überall auf der Welt, getrennt von Bündnissen und bilateralen Vereinbarungen, selbständig und mit eigener Waffengewalt zu verteidigen.

*

Das Programm Macrons soll nicht nur strategische Autonomie für Frankreich bewirken, sondern „zugleich“ ein stärkeres Europa aufbauen. Auf der einen Seite der Gleichung steht der Anspruch Frankreichs, sich für die Wahrung seiner Interessen auf der Welt die nötigen Waffen zu verschaffen. Auf der anderen Seite steht dieses Programm als *Angebot* – oder auch als Anforderung – an Europa: *Mit* einem derart machtvollen Frankreich kann *Europa* als Weltmacht agieren.

Wo ist die imperialistische Logik in dem Angebot? Warum kann Macron davon ausgehen, dass die Europäer es auch so sehen, dass sie für ihre imperialistischen Ambitionen die Atomwaffe brauchen?

— *Die Gleichung unterstellt, dass die Europäer das französische Interesse teilen und auf der Basis werden dann Forderungen formuliert. Denn alle kapitalistischen Staaten sind prinzipiell betroffen von der Kündigung der Trump'schen Weltordnung, der Basis, auf der sie ihre imperialistischen Interessen weltweit verfolgt haben.*

Das ist die objektive Lage und darauf bezieht sich Macron, wenn er die europäischen Staaten daran erinnert, dass sie als kapitalistische Staaten mit imperialistischen Ambitionen angesichts der Kündigung durch Trump an einer außenpolitischen Souveränität als Absicherung interessiert sein müssen. Macron macht ein Angebot an das imperialistische Interesse der Europäer (das ja schließlich das Motiv für die Gründung der EU war).

Er unterstellt, dass die Europäer notwendigerweise wegen ihrer materiellen Lebensgrundlage als Teilnehmer am Weltmarkt bei ihrem kapitalistischen Bewirtschaften der Welt auf den imperialistischen Übergang kommen müssen, dass sie dafür die Teilhabe an einer Weltmacht benötigen. Dieser Übergang liegt in der imperialistischen Logik. Auch kleine Staaten partizipieren an der Macht der EU, weil sie mehr Gewicht beim Verfolgen ihrer imperialistischen Interessen haben, z. B. Österreich („Mit der EU im Rücken den Osten beglücken“, GS 1-1994). Das Angebot Macrons soll aus dieser selbstverständlichen Gemeinsamkeit der europäischen Staaten seinen Reiz beziehen. Macron definiert mit dem Gleichheitszeichen die Staatsräson aller anderen europäischen Staaten und darauf bezieht er sein Angebot.

— *Das Angebot hat seinen Preis, es ist ein Stück Unterordnung unter die Atommacht Frankreich.*

Unterordnung ist die härteste Fassung für den Anspruch: Es wird Gefolgschaft gefordert. Frankreich ist das Subjekt, das den anderen sagt, dass sie nur Weltmacht sein können, indem sie sich hinter Frankreich stellen. So kann man die Gleichung vorwärts und rückwärts lesen: Mit mir könnt ihr Weltmacht sein, aber dafür müsst ihr euch mit euren Interessen und strategischen Kalkulationen hinter mich stellen. Der Gedanke, es werde eine Unterordnung im banalen Sinn gefordert, trifft den Widerspruch der Gleichung nicht: *Souveräne* Staaten sollen den Souverän Frankreich stärken und dies auch wollen: Weltmacht sein, eigene Interessen autonom vertreten können in „Kooperation“ mit dem entscheidenden Macher.

„Frankreich braucht die „Französisierung“ der Machtmittel und -berechnungen der europäischen Staatenwelt, weil es *allein* – das ist das Eingeständnis in diesem Angebot – für die substantielle Einlösung seines Weltmachtanspruchs weitaus *zu klein* ist“ (S. 33).

Das Angebot Frankreichs ist nicht gleichbedeutend damit, dass Frankreich sein Militär für die Interessen der europäischen Staaten zur Verfügung stellt. Die Staaten von Europa können von der französischen Militärmacht profitieren unter der Bedingung, dass sie selber ein Beitrag für die Wahrnehmung französischer sicherheitspolitischer Interessen sind. Die andere Seite des ‚Angebots‘ ist die Forderung an die europäischen Staaten, ihre eigenen militärischen Potenzen in die strategischen und sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs einzusortieren. Es geht also nicht nur um den militärischen Aspekt, die Waffen, sondern um das, wofür sie da sind. Das

ist die andere Bedeutung von „Europa stärken“: Europa als Machtmittel von Frankreich stärken. Das Angebot ist die Art und Weise, wie Frankreich die Europäer beanspruchen will und gilt nur unter der Bedingung, dass man sich auf gleichlautende sicherheitspolitische Interessen einigt und die Teilhabe der anderen der französischen Atommacht zugutekommt. Für anders lautende oder gar gegenteilige Interessen in der Welt steht das französische Atompotential nicht zur Verfügung. Umgekehrt kommt aber auch die strategische Autonomie Frankreichs nicht zustande ohne die Mitmacher, jedenfalls nicht auf dem von Frankreich angestrebten Niveau. Es soll „eine kombinierte europäische Macht mit einheitlichem strategischem Willen“ entstehen. (S.33). Die zusammenkombinierten Einzelteile sind Bestandteile dieser militärischen Macht unter der Bedingung, dass sie sich als Bestandteile bewähren. Das von Frankreich definierte Interesse muss (nach französischer Vorstellung) das gemeinsame der europäischen Staaten sein.

— *Es ist eine Reaktion auf Trump, aber es ist keineswegs ein defensives Programm. Es ist offensiv gegenüber den anderen Weltmächten, wenn sich Europa – mit Frankreich an der Spitze – vornimmt, künftig autonom für seine Interessen in der Welt eintreten zu können.*

Was soll hier der Unterschied zwischen defensiv und offensiv? In beiden Fällen zählen alle sicherheitspolitischen und sonstigen imperialistischen Interessen nur so viel wie die Gewalt vermag, die dahintersteht und über die man autonom verfügen muss.

— *Wenn Nordkorea wegen seiner Selbstbehauptung die Atombombe hat, zur Verteidigung seiner Existenz, dann ist dies doch defensiv.*

Das sehen die Nachbarn von Nordkorea ganz anders, denn der Behauptungswille Nordkoreas ist der des politischen Programms, den es als Staat hat. Für die Südkoreaner ist die Tatsache, dass der Nachbarstaat über die Atomwaffe verfügt, offensiv, also eine Bedrohung. Die moralische Komponente (defensiv = gut / offensiv = schlecht) trifft sehr wenig von der bestimmten Qualität dieser Sache. Der Sache nach ist der Besitz von Atomwaffen als Garantie der Selbstbehauptung Teil der nordkoreanischen Staatsräson. Hier geht es darum: Die Ankündigung einer nur auf Amerika als einzigem Nutznießer bezogenen Weltordnung fordert einen anderen Imperialisten dazu heraus, selbst standhalten zu können und sich auf der Welt durchzusetzen.

— *Und der steht vor einem ‚Paradox‘: Es soll eine europäische Atommacht aufgebaut werden ohne Konfrontation mit den USA. Macron fordert wegen seiner Atommacht Respekt von den anderen Staaten und auch von den USA, andererseits ist allen klar, dass die USA meilenweit überlegen sind. Er besteht auf seiner nationalen atomaren Potenz und betont gleichzeitig, dass sie nicht gegen die USA gerichtet ist. Die „Versöhnung“ soll darüber stattfinden, dass er beteuert, die Verpflichtungen aus der NATO-Mitgliedschaft zu erfüllen.*

Wie steckt diese Besonderheit, ständig zu betonen, dass es nicht antiamerikanisch gemeint ist und die Bündnisverpflichtungen eingehalten werden, in dem Programm? Gleichzeitig wird gesagt, dass man sich gegenüber den USA behaupten muss und deshalb dieses Programm betreibt. Woher kommt diese ‚Doppelzüngigkeit‘?

— *Sie basiert auf dem Zusammenhang, der ja innerhalb der NATO durchaus (noch) existiert. Frankreich ist eine überaus potente Streitmacht, die auf seiner autonomen Stellung und auf seinem Status als Mitglied des Bündnisses besteht.*

Das ist richtig. Aus dem bisher Besprochenen folgt, dass Frankreich die Durchsetzung seines Anspruchs allein nicht hinkriegt. Das war der Übergang auf Europa: Es soll eingespannt werden für das Interesse Frankreichs, den darin enthaltenen Antiamerikanismus aber kann Frankreich den anderen Staaten nicht zumuten. Dieses Programm der Emanzipation von den USA gegen die USA kann weder von Frankreich noch von Europa betrieben werden und zugleich hält Macron daran fest, dass es das sein soll. Das ist aber nicht einfach eine Frage des Nichtkönnens; sie leisten sich vielmehr den Widerspruch, beides zu wollen. Frankreich will einerseits als NATO-Mitglied an den Leistungen der NATO zur weltweiten Absicherung der eigenen Interessen partizipieren und deshalb in der NATO bleiben (das ist keine Heuchelei). Zugleich nimmt es Anstoß daran, dass die Leistungen der NATO von dem Beitrag der USA abhängen und von dem, was sich die USA als deren Bestimmungsmacht neuerdings herausnehmen. Deshalb steht neben dem Auftritt als NATO-Mitglied gleichzeitig das Projekt, dem von den USA dominierten

Militärbündnis eine autonome europäische Militärmacht entgegenzusetzen und damit den Amerikanern Respekt abzuverlangen.

— *Die zwei Seiten der französischen Stellung verdanken sich der Rücksichtnahme auf die Kräfteverhältnisse. Frankreich versucht, ein eigenständiges Programm zu verwirklichen, was aber nicht geht, ohne dass die Amerikaner daran Anstoß nehmen, es als Angriff auf sich beziehen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, mit der Lage, die Trump hergestellt hat, zu laviieren.*

„Schon sich selbst kann und will Frankreich einen ausdrücklichen Kampf gegen Amerikas Suprematie nicht vornehmen, und erst recht den als Mitmacher vereinnahmten EU-Mitgliedern – die ihre eigenen Berechnungen mit Amerika verfolgen – kann und will es das nicht abnötigen“ (S. 33). Das ist mit Kräfteverhältnis nicht richtig wiedergegeben. Das Programm enthält beide Seiten. Frankreich will ein autonomes Programm und weiß, dass es den Kampf gegen Amerika nicht führen und ihn ebenso wenig den europäischen Staaten abverlangen kann, die sich hinter Frankreich versammeln und einen gemeinsamen europäischen Willen bezüglich Weltherrschaft entwickeln sollen, weil deren Staatsräson weitgehend nicht antiamerikanisch ist. Da ist es ziemlich egal, ob sie nicht wollen oder nicht können. Das Doppelte der beiden Seiten ist wichtig: das autonome Selbst und die dafür veranschlagten Europäer. Aus diesem Verhältnis heraus ergibt sich das Verhältnis zu den USA – es ist ein Programm, das gegen die USA gerichtet ist und gleichzeitig von den USA und denen, die *mit* ihnen kalkulieren, nicht als solches genommen werden soll.

— *Damit leisten sie aber auch einen erheblichen Beitrag zur Zersetzung der NATO, auch wenn sie immer betonen, dieser Beitrag sei weder gegen die NATO noch gegen die USA gerichtet. Aber es trifft es nicht zu sagen, gleichzeitig wollen sie Amerikas Rolle in der Welt weiterhin benutzen.*

— *Das können sie auch gar nicht. Die Zuverlässigkeit durch die USA ist gekündigt, aber die NATO gibt es noch als das militärische Bündnis der westlichen Welt; darauf wollen sie nicht verzichten. Die NATO ist weiter das, woraus sie aktuell ihre imperialistische Macht beziehen.*

— *Dabei ist Zersetzung und Funktionalisierung kein Gegensatz. Die Zersetzung findet gerade darüber statt, dass die beteiligten Mächte die NATO jeweils für sich funktionalisieren wollen – das gilt nicht nur für Frankreich.*

— *Nur: gerade im Unterschied zu Deutschland, das immer das, was nicht mehr gilt, noch für sich ausnutzen will, ist der Standpunkt von Frankreich in dieser Hinsicht anders gebaut. Im Artikel steht kein anderes Argument als ein negatives: es dementiert zugleich den Gegensatz, der in dem Projekt drin steckt.*

Das erste ist der Anspruch, den man da hat und durchsetzen will. Dann erst kommt, dass dieser Anspruch so beschaffen ist, dass Frankreich davon ausgeht, den richtig in Konfrontation gegen die USA durchzusetzen, ist nicht drin. Das ist eine andere Reihenfolge als zu sagen, sie fahren doppelgleisig.

Worin besteht der Widerspruch dieses Projekts? Weshalb ist es ein Angriff auf die USA/NATO? Weil Frankreich sich nicht an der NATO als Militärbündnis stört, sondern an der Rolle, die die USA in diesem Bündnis spielen. Nämlich, dass sie es dominieren und unter Trump den Anspruch stellen, es soll ein Instrument für Amerika sein und die anderen haben Hilfsdienste zu leisten. Deswegen will es etwas eigenes, eine autonome Militärabteilung haben. Das ist der Gegensatz. Aber dann hat man die andere Seite: die NATO als Militärbündnis, nicht so sehr von Amerika dominiert, wäre ihnen recht.

Der Inhalt der Konfrontation ist: man will über militärische Mittel verfügen, die als Mittel für die Durchsetzung eigener Interessen taugen und dabei nicht von den USA dominiert werden. Das ist der Gegensatz. Das ist keine Kampf- oder Feindschaftsansage an die USA, in dem Sinne, die wollten gegen Amerika in den Krieg ziehen und das können sie nicht. Sondern man will sich davon emanzipieren, dass man in sicherheitspolitischen Fragen von den USA abhängig ist und in der NATO von ihnen dominiert wird. In dem Sinne ist es natürlich ein Angriff auf die USA, eben darauf, wie sie einen in militärischen Fragen bevormunden. Aber eine eigenständige Militärmacht sein zu wollen, soll ja zugleich keine Kriegserklärung sein, sondern man erwartet

sich als diese Macht dann Respekt von den Amerikanern.

*

Wie verfolgt Frankreich dieses Weltmachtprojekt praktisch?

— *Frankreich praktiziert für sich, dass die militärischen Mittel eines Staates nur so viel zählen, wie der staatliche Wille vorhanden ist, sie einzusetzen. Also definiert sich Frankreich die Punkte auf der Welt, wo es eingreift z.B. Afrika und Syrien. Mit dem Eingreifen verschafft Frankreich sich den Respekt in der Staatenwelt.*

Weil es lauter souveräne Staaten hinter sich bringen will, deren Willen es braucht, den man nicht übergehen kann, ergibt das den Mischmasch von: Man muss sie praktisch hinter sich kriegen und das heißt als allererstes, autonom seine Kriege zu führen und damit die anderen zu überzeugen. Einsätze in Niger, Mali werden von den Franzosen vorgeführt als: das müsst ihr unterstützen, weil der Dschihad in ganz Europa tätig ist. Auf der einen Seite bestehen sie darauf, autonom in der Gegend zuständig zu sein, um ihre Vorstellungen, was an Staatlichkeit da noch sein soll, also ihre Ordnungsinteressen durchzusetzen. Zugleich steht jeder dieser Kriege, die Frankreich führt, immer auch praktisch für den Versuch, die anderen, speziell Deutschland, dafür zu agitieren, da mitzumachen. Immer das Doppelte: autonom die Region im Griff haben, sie auf die eigenen Ordnungskonzepte festlegen zu können, Vormacht da unten zu sein und gleichzeitig darin den anderen das vorzuführen, wie es dort zu gehen hat. Das ist ein praktisches Vorführen, wie sie versuchen, die anderen Staaten hinter sich zu kriegen.

Daneben gibt es schon so etwas wie den institutionell eingerichteten strategischen Willen der Europäer, nicht nur bezogen auf die USA und die NATO: die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der im Grundgedanken das Bedürfnis nach einer eigenen strategischen Kompetenz existiert, die man sich unabhängig von den USA (und damit ein Stück weit gegen sie) erobert hat. Also ist das auch ein wesentliches Feld Frankreichs, auf dem es sich zu schaffen macht, um da die anderen für sich zu gewinnen.

Was ist das Interessante an dem im Artikel angesprochenen ‚Sumpf‘ der unverständlichen Abkürzungen wie PESCO oder EI 2? Was ist der Grund, warum man in den Stoff von Militärbündnissen und den Streitereien, die es gibt, einsteigt?

— *Der Ausdruck „ausufernder Sumpf“ kennzeichnet die Vielzahl von Projekten, die alle mit demselben Widerspruch behaftet sind: Einerseits soll es ein gemeinsames Projekt sein, bei dem eine Unterordnung unter den Potentesten verlangt ist, andererseits laborieren diese stecken gebliebenen Gemeinschaftsprojekte immer an dem Widerspruch, dass Souveräne beteiligt sind, die vor der Notwendigkeit stehen, sich unterzuordnen.*

So ist das zu abstrakt gefasst. Ein Sumpf ist es erstmal deswegen, weil es das Bedürfnis ist, ein getrennt von den USA verfügbares Instrument eigener Sicherheitsinteressen sich aufbauen zu wollen und zugleich das nicht zu einem Antiamerikanismus werden zu lassen. Der Gedanke: sie wollen ihre Souveränität nicht abgeben, hat hier den speziellen Inhalt, sich bezogen auf die USA als Sicherheitsmaßstab zu definieren. Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist der dokumentierte Wille, sich unabhängig zu machen von den USA/NATO, sich Mittel verschaffen, Kriege überhaupt führen zu können. Zugleich ist aus dem nie ein tätiger Antiamerikanismus geworden.

— *Dass es kein Antiamerikanismus geworden ist, liegt doch auch an dem, dass sie bei diesen Vorhaben immer gleich zu tun kriegen mit ihrer Konkurrenz? So dass immer die Frage ist, wer hat hier was zu sagen, wer hat welche Ziele zu definieren.*

Nicht nur das Formelle, wer hat was zu definieren, sondern die Staaten haben alle ihre eigenen Kalkulationen in Bezug auf die USA. Die sind die entscheidende Bezugsgröße. Von daher ist es nicht der allgemeine EU-Widerspruch, sondern der Inhalt dessen, worin die Souveränität dieser Staaten sich da betätigt. (Bis zu so Extremfällen wie Polen, die ihre Souveränität gleich auf die USA gründen, nicht mehr auf die NATO.) Die Widersprüchlichkeit der Souveränität der EU-Staaten findet ihren Verlauf im Verfahren bei außen- und militärpolitischen Entscheidungen (dem Allerheiligsten der Souveränität).

Man versucht Bündnisse zu schaffen, die mit qualifizierten Mehrheiten den souveränen Willen von Staaten übergehen. Also per Mehrheitsentscheidung über militärische Entscheidungen zu befinden! Hinter dem, dass man ein Verfahren gefunden hat, mit dem man überhaupt sicherstellen kann, dass dabei was heraus kommen kann, tritt der Antiamerikanismus zurück. So Sachen wie eine PESCO aufzubauen oder in einem Bündnis dasselbe Bündnis noch mal zu wollen, das ist die konsequente Verlängerung in den Versuch, das Problem darüber in den Griff zu kriegen, dass man es mit einer Methode der Entscheidungsfindung handhabbar macht, in die der Wille der anderen eingebaut ist, um ihn übergehen zu können.

*

Was ist es für ein Angebot an die anderen Europäer, wenn Frankreich darauf drängt, wir müssen einen militärisch-industriellen Komplex aufbauen? Nicht zu vergessen: Frankreich ist die einzige Nation in Europa, die immer darauf geachtet hat, vom Taschenmesser bis zur Atombombe alles selber herstellen zu können (das können die Deutschen nicht). Frankreich hat auf seine autonome Waffenindustrie immer Wert gelegt, will sie zu einem zentralen Bestandteil des Verdrängungswettbewerbs machen.

— *Was ist der Grund dafür, dass die Europäer in diese polit-ökonomische Kooperation hineinbugsiert werden sollen, eine Rüstungsindustrie, die an den US-Konzernen Maß nimmt? Ist das wieder das Argument, dass sie allein dafür zu klein sind oder dass dann der gemeinsame Wille auch in der Form der Herstellung der Waffen eine ökonomische Gestalt bekommt? Oder ist es beides?*

Bezogen auf den Maßstab ‚Weltmacht Europa‘ braucht es eine potente Waffenindustrie, die als Ganzes für diese Macht zur Verfügung steht. In dem Sinn kann man sagen, das Projekt ist ein Eingeständnis dessen, dass Frankreich dafür allein zu klein ist. Zugleich drückt die Charakterisierung: da sollen die europäischen Staaten hineinbugsiert werden, so etwas aus, wie, dass damit auch ihr politischer Wille zu dem Programm gedrängt werden soll. Die anderen Nationen auf dieses Projekt der Weltmacht Europa mit seinem Antiamerikanismus einzuschwören, geht auch über das Mitmachen, über die Beteiligung am Geschäft, über die Aussicht, technologische Führer zu sein usw. Es ist also richtig zu sagen, dass es beides ist. Und das Ganze natürlich unter der technologischen Führerschaft Frankreichs.

— *Wie geht der Schluss auf die Konkurrenz? Der Artikel hat (bisher) die Anstrengungen Frankreichs nicht damit konterkariert, dass er darauf verwiesen hätte, in welchem Gegensatz die Staaten zueinander stehen z.B. im strategischen Bereich. Wieso steht dann hier: „Dieses rüstungs-strategische Anliegen Frankreichs wird als scharf geführte innereuropäische Konkurrenz um die ... Führerschaft in den Kooperationsprojekten betrieben“ (S. 36 o.)?*

Es kommt bei diesen Projekten faktisch darauf an: 1. *Wer* entscheidet die Vorgaben über die vom Strategischen her kommenden ins Technische übersetzten jeweiligen Fähigkeiten eines Kriegsschiffs oder irgendeines Kriegsgeräts; wer hat da die Führerschaft? 2. Die US-Konzerne vom europäischen Rüstungsmarkt zu verdrängen, ist nicht nur eine Frage dessen, wer über welche Waffen verfügt, sondern auch, wo welches Geschäft mit der Produktion von Waffen gemacht wird. Den europäischen Rüstungsmarkt zu bestücken, ist einerseits eine strategische Angelegenheit, aber andererseits eine Frage des Geschäfts – in welchem Maße ein Land Anteil an den diversen Rüstungsprojekten hat, auf ihre Ausrichtung Einfluss hat und in welcher Weise es daran verdient.

— *Und Macron will nicht Teil des Sumpfes sein, sondern, dass ein einheitlicher Wille zustande kommt und die entsprechende Waffenindustrie soll Mittel dieses einheitlichen strategischen Willens sein. Dass das als Konkurrenz geführt wird, gehört doch eigentlich von Frankreich aus zu den Dingen, die weg sollen?*

Es ist die Intention von Macron, die zu dem Programm passt, nämlich, dass es eine vorfindliche, eben konkurrierende Ökonomie gibt, die diese Waffen herstellt. Bezogen auf die einzelnen Projekte geht dieses Herstellen nicht anders als über die Konkurrenz um die Führerschaft und die Anteile am Geschäft. Wobei das Vorrangige die rüstungsmäßige Kooperation ist, aber das heißt eben nicht, dass das nicht als Konkurrenz stattfindet.

In der Einführung des Artikels wird die Meinung Macrons zitiert, dass „die Handlungsfähigkeit Europas ... einen gewaltigen Nachholbedarf in den entscheidenden Schlüsselementen Gewalt und Geld (hat)“ (S. 30). Wie kommt Macron darauf, zu sagen, dass das derzeitige Geld nichts taugt? Er wird zum Kritiker der Fonds zwecks Bankenrettung und der Schuldenregelung auf Grundlage der Maastricht-Kriterien.

— *Im ersten Zitat (S.36) heißt es: „Es wird ein Euro-Zonen-Budget geben oder es gibt irgendwann keine Euro-Zone mehr“ – das ist doch ein neuer Anspruch, der an das Euro-Regime herangetragen wird. In früheren Zeiten hieß es, der Euro solle stabil und der Haushalt solle solide sein. Jetzt kommt Macron mit der Frage: Was gibt mir der Euro für mein Programm her?*

— *Die Konkurrenz unter den EU-Staaten hat zu Widersprüchen zwischen den Staaten geführt, hat Verlierer und damit machtvolle Störenfriede produziert. Der Status, in den die Verliererstaaten geraten sind, strapaziert ihren Willen beim Projekt ‚Weltmacht Europa‘ mitzumachen und gefährdet letztlich auch den Euro – das stört Macron, der ein gemeinsam bewirtschaftetes Weltgeld haben möchte.*

Er misst das Geld also an der Funktionalität für das Weltmacht-Programm und stellt die Schädigung der Souveräne fest, die darüber nicht nur Störfälle – siehe Griechenland, das ist schon schlimm genug –, sondern Störenfriede werden – siehe Italien. Das kann diese Weltmacht (in spe) nicht gebrauchen: das ist der Maßstab, von dem aus auf die Souveräne und auf das gemeinsam bewirtschaftete Geld – mit all seinen Gegensätzen – geschaut wird. Der Anspruch ist, dass die Bewirtschaftung der Euro-Zone das Wort ‚gemeinsam‘ so bitterernst nehmen muss, als ob es ein einheitlicher Wille sei, der das Geld und dessen Kreditwürdigkeit unbezweifelbar macht: der Euro als „Produkt einer verschworenen Gemeinschaft von Staaten“ (S.38) und damit so interessant für die globale Spekulation wie der Dollar.

Portugal und Griechenland sieht Macron als Länder, in denen Europa Wachstumspotenzen verloren gehen, was das Euro-Projekt schädigt. Wie können die wieder hergestellt werden? Dafür ist Kredit nötig, und zwar frei handhabbar, um die Wachstumsbedingungen zu fördern (und nicht, um sich an der von den Maastricht-Regeln geforderten Senkung der Verschuldung abzuarbeiten). Wenn er dafür nicht taugt, muss sich das ändern, genauso wie die jeweilige Steuergesetzgebung, wenn sie das Euro-Projekt behindert.

— *Ich sehe da einen gewissen Widerspruch. Gerade für die Verlierer-Staaten ist z.B. die Steuergesetzgebung ein Mittel, darauf Einfluss zu nehmen, dass an ihrem Standort Kapital attrahiert wird. Mit einem einheitlichen Recht nimmt man solchen Staaten ein Mittel aus der Hand.*

Die Konkurrenz nimmt er ihnen mit dem Euro-Budget schon aus der Hand, denn das wären zentral bewirtschaftete Mittel; die haben den Auftrag, die gescheiterten Länder wieder dazu zu befähigen, Wachstum zu generieren, denn überlassen wird ihnen das nicht.

Die eine Sache ist das Geld, über das die EU-Staaten nicht mehr souverän verfügen, andererseits machen sie eine eigene Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Darauf bezieht sich Macron, wenn er sagt, dass man die Standorte gemeinsam bewirtschaften müsse. Wenn man sie dagegen darauf verpflichtet, gemäß ihrer Verliererrolle ihren Standort zu bewirtschaften, wo sie sich (gemäß deutschem Diktat) keine zusätzlichen Schulden leisten können, um die Wirtschaft anzukurbeln, dann hat man lauter Staaten, die keinen positiven Beitrag zur EU-Wirtschaftsmacht leisten.

— *Das heißt doch, dass die Konkurrenz noch ganz anders freigesetzt ist zwischen den produktiven Kapitalen, also Verlierer weiter produziert werden, sodass mit den 300 Mrd. vielleicht die Konsequenzen gemildert werden, aber das ist doch etwas ganz anderes als eine ‚verschworene Gemeinschaft‘.*

Macron bezieht sich auf die bestehende Konkurrenz und ihre Folgen, Störfälle und Störenfriede. Sein Programm ist, die mit verbesserten Wachstumsbedingungen zu einem gemeinsamen Kapitalstandort Europa machen. Dagegen zu halten, es sei aber doch Konkurrenz, fällt hinter seine Kritik an dieser zurück. Zu sagen, in Wirklichkeit verschärfe das die Konkurrenz, redet über die

Wirkungen, die ein Projekt haben kann, ist also eine Art Prognose. Der Artikel hütet sich davor, irgendwelche etwaigen Folgen und Ergebnisse an die Wand zu malen – er will das Programm kennzeichnen.

— *Und er sagt auch, inwiefern das eine Korrektur des Merkel-Programms ist: diese Staaten, die in Not geraten sind, sollen funktionale Beiträger zu diesem Weltgeld werden, das sie brauchen, um den strategischen imperialistischen Anspruch Europas zu unterfüttern und zu materialisieren.*

Macron tritt mit der Perspektive an, diese Staaten ein Stück weit zu befreien von dem Spardiktat der Merkel-Regierung, die darauf beharrt, dass 3% Staatsverschuldung nicht überschritten werden darf, diese Staaten sich nicht mehr Verschuldung leisten dürfen als eigenes Wachstum zustande gebracht wird, also sich damit abfinden sollen, dass sie über keinen relevanten Kapitalstandort mehr verfügen. Dagegen eröffnet Macron die Perspektive einer gemeinsamen Bewirtschaftung aller Standorte. Das kommt als Angebot daher: Man versetzt sie in die Lage, jenseits dessen, wie viel sie sich selber an Schulden leisten können, beim Ausbau ihrer Ökonomie zu unterstützen, damit sie eben ihren Beitrag zur Stärkung Europas leisten können.

Der Widerspruch ist eigentlich ausreichend gekennzeichnet, wenn man sagt, dass die Verliererstaaten sich auf die Perspektive einlassen sollen, in einer supranationalen Strategie eines gemeinsamen Kapitalstandorts Europa ihr Heil zu sehen.

— *Dass Macron einen Finanztransfer ablehnt, hat das nicht den Hintergrund, dass Frankreich an der Stelle nicht die Führungsmacht in Europa ist, nicht Herr des Euro-Regimes ist?*

Die Rolle Frankreichs im Verhältnis zu Deutschland ist ein Argument für sich. Macron will kein Eurogeld dafür verwenden, dass Nationalstaaten unterstützt werden und als diese gut dastehen, deswegen ist ‚kein Finanztransfer‘ schon ernst gemeint. Was das andere Argument betrifft, die Rolle Frankreichs im Verhältnis zu Deutschland: das Reformprogramm, der Neuaufbau des Staates u.a.m. (vgl. S. 36) sollen dazu dienen, dass Frankreich im Verhältnis zu Deutschland eine andere Rolle in der Euro-Zone einnehmen kann. Alles, was Macron kritisiert, ist zumindest teilweise Ergebnis des Regimes der Deutschen mit Hilfe des Geldes über diesen Euro-Standort.

Der Euro soll das „Produkt einer verschworenen Gemeinschaft von Staaten sein“ – also gerade so, als ob es einen Garanten gäbe, in dem die unterschiedlichen Willen aufgehoben sind – und diese sollen den einheitlichen Willen haben, den Euro zu einem Kampfprogramm gegen die USA zu machen und dessen Kreditwürdigkeit (aufgrund dieses Versworen-seins) für die Finanzmärkte unwiderstehlich zu machen. Von Seiten Macrons ist das ein Plädoyer für mehr Supranationalismus, also für eine vermehrte Abgabe von Souveränitätsrechten durch die einzelnen Staaten, die dann zu der besagten verschworenen Gemeinschaft führen soll. Dabei müsste man sich nicht ‚verschwören‘, wenn man wirklich *ein* Subjekt wäre ...

Die andere Seite ist der Übergang zu sagen: und deswegen gehören diejenigen in Europa bekämpft, die auf den souveränen Rechten ihrer Nation beharren, weil sie per se die Feinde dieses Programms sind. Zu diesem Kampf gegen „die hartleibigen, illiberalen Demokraten“ gehören auch (was von Deutschland ziemlich tief gehängt wird) die Europawahlen, von Frankreich richtiggehend betrieben mit den transnationalen Listen, in denen das supranationale Europa präsent sein soll, und zwar explizit gegen die Versuche der diversen Nationalisten in den einzelnen Ländern, sich anlässlich der Europawahlen zusammenzutun und sich über diese Wahlen voranzubringen (Le Pen liegt derzeit an erster Stelle, was die Mandate für die Europa-Wahl betrifft). Macron führt also einen Kampf gegen den politischen Willen zu jedweder Art von Souveränität.

Nächstes Mal (4.2.): Weiter mit der „Konkurrenz um die Zukunft Europas“, Punkt 2. Dann „Sanktionen“ (GS 4-18)